

## Wohngipfel: Große Show mit wenig Fortschritt

Der so genannte Wohngipfel, den die Bundesregierung vergangene Woche im Kanzleramt veranstaltete, war eine Enttäuschung. Seine Ergebnisse werden weder für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen noch die Mietpreisentwicklung wieder einfangen, die in den letzten Jahren außer Kontrolle geraten ist (siehe Grafik).

Grundsätzlich ist es zwar gut, dass die Bundesregierung den Mangel an bezahlbarem Wohnraum nicht ignoriert und mit dem Wohngipfel ein Forum geschaffen hat, dass dazu beitragen kann, dass sich Bund, Länder und Kommunen enger abstimmen. Auch gingen vom Gipfel einige positive Nachrichten aus: So soll der Bund Grundstücke künftig nicht mehr höchstbietend veräußern, sondern vergünstigt an die Kommunen weitergeben, sofern diese bezahlbaren Wohnraum schaffen. Ein wichtiger Schritt ist eine geplante Grundgesetzänderung, die dem Bund ermöglicht sich, auch in Zukunft finanziell am sozialen Wohnungsbau zu beteiligen. Maßnahmen bezüglich der energetischen Gebäudesanierung, der Verbesserung des Wohngeldes oder der Schließung von Steuerschlupflöchern für große Immobilienunternehmen (sogenannte „Share Deals“), bleiben im Eckpunktepapier der Bundesregierung aber vage und müssen in den kommenden Monaten konkretisiert werden.

Regelrecht irreführend sind allerdings die vollmundigen Versprechungen, bis Ende dieser Legislaturperiode – also über mehrere Jahre verteilt – 100.000 Sozialwohnungen zu bauen und dafür 5 Milliarden Euro in die Hand zu nehmen. Denn dabei wird verschwiegen, dass im gleichen Zeitraum etwa 150.000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen und somit am Ende dieser Legislatur weniger preis- und belegungsgebundene Wohnungen zur Verfügung stehen werden als zu Beginn. Der DGB fordert deshalb pro Jahr 100.000 Sozialwohnungen zu bauen und entsprechende Fördergelder zur Verfügung zu stellen.

Auch mietrechtlich agiert die Bundesregierung zu zaghaft. So sind die geplanten 235 Millionen Euro teuren Sonderabschreibungen für den Mietwohnungsbau beispielsweise nicht mit einer Kappung der Mieten verknüpft. Der Beschluss, den Bemessungszeitraum für die Mietspiegel von 4 auf 6 Jahre zu erhöhen, wird nicht reichen, den Anstieg der Mietspiegel, der wiederum als Begründung für reguläre Mietsteigerungen herhält, wirksam aufzuhalten. Die Maßnahmen im neuen Mietrechtsanpassungsgesetz sind unzureichend (vgl. Klartext 28/2018 und Stellungnahme des DGB).

Aus all diesen Gründen haben IG BAU, DGB und der Deutsche Mieterbund, die auf dem Wohngipfel anwesend waren, klar gemacht, dass sie mit den Ergebnissen des Wohngipfels nicht einverstanden sind. Die Bundesregierung hat allerdings fast alle wohnungspolitischen Punkte aus dem Koalitionsvertrag abgearbeitet und es besteht die Gefahr, dass sie es dabei belassen will.

Aber so lange die Probleme nicht gelöst sind, werden sich das die vielen Bürgerinnen und Bürger nicht gefallen lassen. Allein der von DGB, Sozialverbänden und Mieterinitiativen veranstaltete „Alternative Wohngipfel“ zog vergangene Woche mehrere Hundert Menschen an. Und der Druck auf die Politik wird weiter zunehmen, endlich eine echte Wohnraumoffensive zu starten.

